

A1 Gesellschaft, Integration, Gleichstellung.

Antragsteller*in: Bernd Seidl (KV Rastatt/Baden-Baden)

Text

- 1 - Öffentliche Einrichtungen (öffentliche Verwaltung, Polizei, Bundeswehr,
2 Spezialeinheiten usw.) brauchen verpflichtend interne Ombudsstellen um sich
3 besser vor Rassismus und Diskriminierung zu schützen.
- 4
- 5 - anonymisierte Bewerbungsverfahren pflichtmäßig einführen, da diverse Studien
6 belgen, dass u.a. Menschen mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere
7 Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Menschen ohne.
- 8
- 9 - der Betreuungsschlüssel für Behinderte Menschen sollte angepasst werden, der
10 z.B. in Berlin ganz anders ist als in BW. <zu diesem und dem nächsten Punkt
11 hänge ich noch zur Erläuterung den Mailaustausch mit Holger an>
- 12
- 13 - die Zugangsvoraussetzungen für die WFBM vereinheitlichen. Laut einer noch
14 unter Ministerin Andrea Nahles erarbeiteten Richtlinie sollten sie einheitlich
15 sein, werden aber von LRA zu LRA unterschiedlich gehandhabt. Es gibt weder auf
16 kommunaler, Landes, bzw. Bundesebene erkennbare einheitliche Vorgehensweisen.
17 Manche fallen da einfach durch aufgrund des Ermessensspielraums.
- 18
- 19 - Grundrecht auf Asyl muss erhalten bleiben und darf nicht weiter ausgehöhlt
20 werden. Integration von Geflüchteten verstärkt fördern - dabei geht es auch um
21 diejenigen, die seit 2015 hier sind und die dringend eine langfristige
22 Bleibeperspektive benötigen. Die meisten, die inzwischen bei uns leben, werden
23 nicht mehr zurückgehen (können). Deshalb sollte die neue Landesregierung alles
24 dafür tun, dass der Zugang zur dauerhaften Aufenthaltserlaubnis erleichtert wird
25 und die Anstrengungen zur Integration von Geflüchteten nochmals verstärkt
26 werden.